

**Antrag der Fraktion der CDU**

***Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer sicherstellen!***

Das Zentrum einer Stadt gilt zu Recht als Visitenkarte, sowohl gegenüber einheimischen Bürgern als auch gegenüber auswärtigen Besuchern dieser Stadt. Dies gilt selbstverständlich auch und gerade für die Stadtgemeinde Bremen als dem Oberzentrum Nordwestdeutschlands.

Unabhängig von der individuellen Fortbewegungsart ist die Erreichbarkeit von Geschäften, gastronomischen Betrieben, Arbeitsplätzen und Wohnungen für alle Verkehrsteilnehmer eine zentrale Grundlage für den Bestand und die Weiterentwicklung der Innenstadt. Dies gilt umso mehr, als dass die genannten Einrichtungen in anderen Stadtteilen aufgrund der baulichen Voraussetzungen oftmals leichter zu erreichen sind und somit einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Innenstadt innehaben.

Ein sinnvoller Aus- und Weiterbau des öffentlichen Personennahverkehrs und die konzeptionelle Gestaltung von Fuß- und Radwegen tragen genauso zur Sicherung und zur Weiterentwicklung der Bremer Innenstadt bei, wie die dauerhafte Pflege des Bestandes an Straßen und Parkflächen. All diese Maßnahmen sind nicht gegeneinander gerichtet, sondern ergänzen sich vielmehr in dem gemeinsamen Ziel, die Innenstadt weiter als historisch gewachsenes Zentrum Bremens zu erhalten.

Wenngleich es noch immer an einigen Stellen Verbesserungsbedarf geben mag, ist es in den letzten Jahren doch auch durch große Anstrengungen von privater und öffentlicher Seite gelungen, die Parkplatzsituation in der Innenstadt deutlich zu verbessern. Dies hat nicht zuletzt dazu beigetragen, dass es zu einer Abnahme von unnötigen, zeitraubenden und umweltschädigenden Fahrten durch die Innenstadt auf der Suche nach Parkplätzen gekommen ist. In einem in der größten Tageszeitung der Stadt abgedruckten Interview hat der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa Ende Mai erkennen lassen, dass er bestrebt ist, zukünftig „Autos nicht so weit in die Innenstadt (zu) führen“. Gleichzeitig ruft er als Ziel eine Verlagerung von Parkhäusern an den Rand der Innenstadt aus. Dies könne nach seiner Auffassung „langfristig auch bedeuten, Parkhäuser abzureißen“.

Diese Ankündigung kommt zu einer Zeit, in der insbesondere die Gewerbetreibenden der Innenstadt durch vielerlei politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen gegenüber ihren außerhalb der Innenstadt angesiedelten Konkurrenten im Wettbewerbsnachteil sind und hat folglich zu einer Verschlechterung der Zukunftserwartungen bei diesen Unternehmern beigetragen.

Ein deutliches Signal der Stadtbürgerschaft, dass es politischer Wille aller relevanten politischen Akteure der Stadt ist, auch zukünftig die Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer sicherzustellen, wird als daher zwingend notwendig erachtet.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft spricht sich dafür aus, dass Politik und Verwaltung auch zukünftig alle zielführenden Maßnahmen ergreifen, die der Erreichbarkeit der Bremer Innenstadt für alle relevanten Verkehrsteilnehmer dienen.
2. Der Senat wird aufgefordert, sich für den Erhalt und die Pflege von ausreichend Parkraum in der Innenstadt einzusetzen.

3. Der Senat wird aufgefordert, nicht mehr öffentlich über die Schließung und den Abriss von Parkhäusern zu spekulieren und die Verkehrsteilnehmer und Gewerbetreibenden zu verunsichern.
4. Der Senat wird aufgefordert darzulegen, welche Ziele er hinsichtlich der Entwicklung des Anteils an Fahrradverkehren, an Bus- und Bahnverkehren und an Pkw-Verkehren am Gesamtverkehr in der Stadtgemeinde Bremen und ihren Stadtteilen für die Jahre 2010, 2015 und 2020 verfolgt.
5. Der Senat wird aufgefordert darzulegen, durch welche Maßnahmen er diese Ziele verwirklichen will und welche Mittel er für die Realisierung bereitstellen möchte.
6. Der Senat wird aufgefordert, nicht mehr öffentlich über den Abriss der Hochstraße über den Breitenweg zu spekulieren. Erst nach Realisierung des Autobahn-rings ist für den Fall einer deutlichen Reduzierung der Kraftfahrzeugverkehre eine Prüfung möglicher baulicher Veränderungen an der Hochstraße vorzunehmen.
7. Der Senat wird gebeten, der Deputation für Bau und Verkehr mindestens einmal im Jahr über den Stand der Erreichbarkeit der Innenstadt und den Grad der Auslastung der Parkhäuser Bericht zu erstatten.

Dieter Focke, Helmut Pflugradt,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU